

Müllheim, 25. Februar 2012

Jürgen Hauke, Brunnengasse 5, D 79379 Müllheim-Niederweiler
Franz Schneider, Im Bachacker 21, D 79423 Heitersheim
Gaby Schwenk-Grozinger, Gerbergasse 5, D 79426 Buggingen

(Alle: **Aktionsbündnis Fessenheim Stilllegen. JETZT! - www.fessenheimstop.org**)

www.FessenheimStop.org

EUROPÄISCHES PARLAMENT
Herrn PRÄSIDENT MARTIN SCHULZ
Rue Wiertz 60
1047 BRUXELLES
BELGIQUE

cc
Bundesregierung Deutschland: Die Kanzlerin,
Umwelt- und Außenminister
Landesregierung Baden-Württemberg, Ministerpräsident
Parlamentsabgeordnete der Region
Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald, Erste Landrätin
Regierungspräsidium Freiburg, Präsident
Kreistag Breisgau-Hochschwarzwald
CLIS AKW Fessenheim, Jean-Paul Lacote
Gemeinden Hartheim, Grissheim
Medien

Europa ist am 9.2.2012 auf der Alain-Foechterle/ Erich-Dilger-Rheinbrücke zwischen Hartheim und Fessenheim gescheitert!

Wir als Bürgerinnen und Bürger Europas protestieren hiermit gegen die Blockade der deutsch-französischen Grenze auf der „Alain-Foechterle/ Erich-Dilger-Rheinbrücke“ zwischen Hartheim (D) und Fessenheim (F) für ca. 20 Stunden am 8. und 9. Februar durch die französische Nationalpolizei *Compagnies Républicaines de Sécurité* (CRS) anlässlich des Besuchs des derzeit amtierenden französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy im Atomkraftwerk Fessenheim.

Wir sind empört darüber, in welcher handstreichartiger Form für eine Wahlkampfveranstaltung auf Staates und Steuerzahlers Kosten kurzerhand eine so genannte „Hochsicherheitszone“ um das älteste AKW Frankreichs errichtet wurde, um dort möglichst ungestört und medienwirksam vor befangenem Personal einen Weiterbetrieb der beiden Reaktorblöcke für weitere zehn Jahre im Falle des eigenen Wahlsieges als Präsident verkünden zu können.

Vor allem, wo beide Blöcke nach den so genannten Zehn-Jahres-Revisionen ihren Betrieb wieder aufgenommen haben, ohne dass bisher die Umsetzung der Sicherheitsauflagen nachgewiesen wurde, welche die französische Atomaufsichtsbehörde ASN nach ihrem „Stresstest“ gemacht hat.

Im Licht der von Deutschland und Frankreich beschworenen europäischen Einheit, Freizügigkeit und Solidarität wirkt das Vorgehen der französischen Behörden wie Hohn. Es nährt unseren Verdacht, dass ein vermeintlicher Katastrophenschutz im Falle einer Havarie ebenfalls an der Staatsgrenze enden wird.

Das hier geplante deutsch-französische Dokumentationszentrum mit der Brücke als Mittelpunkt der Beweise grenzüberschreitender Gemeinsamkeiten erscheint nun in absurder Verzerrung.

Wir begrüßten es dabei ausdrücklich, wenn bei den Sicherheitsanforderungen für das AKW die gleichen Maßstäbe angelegt würden wie bei der am 8./ 9. Februar 2012 ins Feld gesetzten „Hochsicherheitszone“. Die vermeintliche Sicherheit eines Atomreaktors kann keine politische oder wirtschaftliche Entscheidung sein und sie darf nach Tschernobyl, Fukushima keine nationale Frage mehr sein.

Wir fordern die Angeschriebenen offiziellen Stellen hiermit ausdrücklich dazu auf, formellen Protest bei der französischen Regierung einzulegen und bitten um die Überprüfung der entsprechenden Rechtsgrundlagen auf dem Hintergrund der seit 1985 in Schengen vereinbarten europäischen Verträge („Schengener Besitzstand“ bzw. „Schengen-Acquis“) zum europäischen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“.

Hochachtungsvoll,
gez: Jürgen Hauke, Franz Schneider, Gaby Schwenk-Grozinger